

UGANDA

JULIANE BING
MATHIAS KAMP

Januar 2018

www.kas.de/uganda

Museveni als „ewiger Präsident“ in Uganda: Aufhebung des Alterslimits als letzte Hürde?

Nach monatelangen Debatten stimmte das ugandische Parlament am 20. Dezember 2017 für das sogenannte „Age Limit Bill“, welches eine Verfassungsänderung vorsieht und die Altersgrenze von 75 Jahren für den Präsidenten aufhebt. Damit kann Präsident Yoweri Museveni, seit 32 Jahren im Amt, auch bei der nächsten Wahl im Jahr 2021 antreten. Er wäre dann 76 Jahre alt. Noch hat Museveni nicht öffentlich erklärt, ob er dann nochmal antreten will. In Uganda ist nach der Verfassungsänderung nun aber die Angst groß, dass der Präsident sich damit de facto sein Amt auf Lebenszeit gesichert hat.

Präsident Yoweri Museveni ist seit 1986 an der Macht und gehört damit zu den am längsten regierenden Staatsoberhäuptern der Welt. Er kam nach einem Guerillakrieg gegen das Regime Milton Obotes an die Macht und wurde nach seinem Sieg als Erlöser und Hoffnungsträger des ostafrikanischen Landes gefeiert: er beendete das Blutvergießen, jahrelange Instabilität und wirtschaftliche Misere. Im Westen wurde er als Anführer einer neuen Generation afrikanischer Präsidenten gefeiert, die das Versprechen eines besseren Afrikas verkörperten. Damals sagte er noch: „Das Hauptproblem in Afrika sind die Anführer, die die Macht nicht abgeben wollen.“ 2012 erklärte er sogar, dass man ab 75 geistig nicht mehr in der Lage sei, ein Land zu führen.

32 Jahre an der Macht sind dem Präsidenten und seiner Partei, dem National Resistance Movement (NRM) aber nicht genug. Anfang September 2017 wurde von einem NRM-Abgeordneten ein Gesetzentwurf in das Parlament eingebracht, den Paragraphen 102b der ugandischen Verfassung zu ändern. Bei der ersten Lesung im Parlament kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwi-

schen Abgeordneten und Sicherheitskräften in Zivil, welche den Plenarsaal stürmten und über 30 Abgeordnete gewaltsam festnahmen. Es gingen Szenen von sich prügelnden und mit Stühlen werfenden Abgeordneten um die Welt.

Chancenlose Opposition

Für die Kritiker des Gesetzes ist es ein weiterer Nagel im Sarg der ugandischen Demokratie. Sie befürchten, Museveni könnte bis an sein Lebensende regieren. Unter dem Slogan „Togikwatako“ (übersetzt in etwa: „lasst die Finger davon“) formierte sich Widerstand gegen die geplante Verfassungsänderung. Oppositionsparteien, zivilgesellschaftliche Organisationen, und auch religiöse Anführer sprachen sich öffentlich gegen die Aufhebung der Altersgrenze aus.

Widerstand und öffentlicher Protest gegen die Verfassungsänderung war allerdings nicht erwünscht. Die Unterdrückung der Opposition verlief ähnlich wie auch bei vorangegangenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen: der Sicherheitsapparat, fest in der Hand des Präsidenten, wurde dazu genutzt, Kritiker einzuschüchtern, zu verhaften und Demonstrationen aufzulösen. In Kampala kam es im September zu gewaltsamen Protesten, bei denen Polizei und Militär mindestens 70 Demonstranten festnahmen, darunter zahlreiche Studenten. Auch in anderen Landesteilen kam es zu Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten. Im Oktober wurde ein Demonstrant von Sicherheitskräften getötet. Schließlich wurden Demonstrationen gegen die Verfassungsänderung ganz verboten. Prominente Kritiker wurden vor laufender Kamera verhaftet, so beispielsweise Kampalas Bürgermeister Erias Lukwago, der während eines Live-Interviews mit dem TV-Sender NTV nach seiner Kritik an Präsident

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

JULIANE BING
MATHIAS KAMP

Januar 2018

www.kas.de/uganda

Museveni von Polizisten von der Kamera weggezerrt und festgenommen wurde. Kurz vor der Abstimmung im Dezember wurde von Norbert Mao, Vorsitzender der oppositionellen Democratic Party (DP) die "Red Ribbon Week" ausgerufen, in der alle "Togikwatako" Anhänger mit ihren typischen roten Stirnbändern auf den Straßen Widerstand leisten sollten. Auf seinem Weg zur Abstimmung im Parlament wurden er und elf weitere Mitstreiter allerdings umgehend festgenommen. Diese Einschüchterung scheint gewirkt zu haben, denn der Widerstand auf der Straße fiel angesichts der Implikationen der Verfassungsänderung gering aus; womöglich aus Angst vor heftigen Reaktionen der Polizei- und Sicherheitskräfte.

Befürworter des Gesetzes sehen es als Chance, den Staatschef bei den nächsten Wahlen im Jahr 2021 und darüber hinaus wiederzuwählen. Sie verteidigten die Verfassungsänderung als fair und demokratisch - denn es sei nicht mit der Verfassung vereinbar, jemanden aufgrund seines Alters zu diskriminieren. Die Menschen Ugandas hätten "das Recht, ihren Anführer auszusuchen, ob er nun 76 Jahre alt ist oder nicht", so Premierminister Ruhakana Rugunda. Bis heute profitiert Museveni davon, dass er nach seiner Machtübernahme die Wirtschaft ankurbelte, die Infrastruktur verbesserte und ein hohes Maß an Stabilität für das Land erreichte. Besonders die ältere Generation, welche die Instabilität der 1970er und 1980er Jahre miterlebte, dankt ihm heute noch für seine Leistungen.

Kritik aus dem Ausland gab es kaum, denn ein instabiles Uganda ist nicht im Interesse der internationalen Gemeinschaft. Uganda gilt als wichtiger Verbündeter im Kampf gegen Terroristen in Somalia und hat zudem mehr als eine Million Flüchtlinge aus dem Südsudan und der Demokratischen Republik Kongo aufgenommen. Deutschland hat im letzten Jahr über 60 Mio. Euro an das Land überwiesen.

Trotz aller Kritik erwiesen sich die Gegner der Verfassungsänderung gegenüber der Zweidrittel-Mehrheit des NRM im Parlament als machtlos. Am 20. Dezember stimmten 317 Abgeordnete für eine Aufhebung der

Altersgrenze; lediglich 97 Abgeordnete stimmten dagegen. Gleichzeitig wurde die Legislaturperiode des Parlaments von fünf auf sieben Jahre verlängert - trotz heftiger Kritik der Opposition und vieler prominenter Verfassungsrechtler. Außerdem wurde die Amtszeitbegrenzung für das Präsidentenamt wiedereingeführt, welche 2005 trotz heftigen Protesten und internationaler Kritik aufgehoben wurde. Von vielen Beobachtern wurden diese beiden zusätzlichen Gesetzesänderungen als Zugeständnis der Regierungspartei an die Parlamentarier.

Fraglich ist, ob die NRM-Abgeordnete wirklich aufgrund ihres Gewissens für die Verfassungsänderung gestimmt haben, oder ob sie vielmehr innerparteilichem Druck und Einschüchterungen nachgegeben haben. Anfänglich hielt sich Museveni noch geschickt aus den Diskussionen um die Verfassungsänderung heraus. Als sechs NRM-Abgeordnete sich Anfang Oktober gegen die Aufhebung der Altersgrenze aussprachen, folgten allerdings prompt deutliche Worte des Präsidenten: sie würden „feindliche Taktiken anwenden“, welche nicht toleriert werden könnten. Die 27-NRM Abweichler, welche letztendlich gegen die Verfassungsänderung stimmten, werden nun öffentlich angeprangert und aufgefordert, sich zu entschuldigen, da sonst härtere Maßnahmen folgen würden. Sie hätten nicht verstanden, „wie ein Mehrparteiensystem funktioniert“, so der stellvertretende Vorsitzende der NRM-Fraktion, Solomon Silwany.

Zusätzlich bekam jeder Abgeordnete 29 Mio. ugandische Schilling (ca. 6.500 Euro), für „Konsultationen“ in ihren Wahlkreisen. Im Gegensatz zu den Oppositionsparteien, welche Wählermeinungen auf öffentlichen Veranstaltungen einholten, hielt die NRM lediglich Beratungen mit lokalen Abgeordneten, welche größtenteils ebenfalls dem NRM angehören. Es ist also zu bezweifeln, dass die NRM-Abgeordneten bei der Abstimmung im Parlament wirklich den Willen ihrer WählerInnen berücksichtigten.

UGANDA

JULIANE BING
MATHIAS KAMP

Januar 2018

www.kas.de/uganda

Unzufriedenheit in der Bevölkerung bleibt

Die Entscheidung des Parlaments spiegelt die Abkopplung der politischen Klasse vom Willen der Bevölkerung wieder: bei einer [Umfrage des Afrobarometers](#) im September 2017 gaben 75% der Ugander an, dass sie gegen eine Aufhebung der Altersgrenze seien.

Die ugandische Bevölkerung sorgt sich jedoch eher um den Armutsanstieg, Arbeitslosigkeit und Lebensmittelknappheit als um die politische Situation. Zwischen 2000 und 2011 betrug das jährliche Wirtschaftswachstum noch zwischen 6-10%; 2017 waren es lediglich 4,6%. Das Wirtschaftswachstum kann mit dem hohen Bevölkerungswachstum von jährlich rund 3% kaum mithalten. In den ersten 25 Jahren seiner Macht wuchs das pro Kopf Einkommen noch um 3% jährlich; in den letzten 5 Jahren um lediglich 1%. Der öffentliche Sektor, durchzogen von Korruption, kann die steigende Nachfrage nach besseren Dienstleistungen nicht erfüllen. Besonders betroffen sind der Bildungs- und Gesundheitssektor. Auch die Kriminalität, besonders in der Hauptstadt Kampala, steigt an.

Besonders die junge Bevölkerung Ugandas scheint die Geduld mit ihrem alternden Präsidenten zu verlieren. Sie sind zu jung, um sich an die Bürgerkriegsjahre und Musevenis frühe Verdienste zu erinnern und sind gegenwärtig am stärksten von den sozio-ökonomischen Problemen des Landes betroffen. Schätzungsweise 64-83% der jungen Menschen sind entweder arbeitslos oder unterbeschäftigt. Diese Gruppe gewinnt politisch zunehmend an Bedeutung, schließlich machen unter 30-Jährige über 78% der ugandischen Bevölkerung aus. Diese Entwicklung hat auch dem Musiker Bobi Wine zu einem sensationellen Sieg als unabhängiger Kandidat bei einer Sonderwahl für einen Parlamentssitz im Juni letzten Jahres verholfen. Bobi Wine ist ausgesprochener Kritiker Musevenis und wird besonders von geringverdienenden jungen Slumbewohnern unterstützt.

Kein echter Nachfolger in Sicht

Allerdings gibt es weder innerhalb des NRM noch in der Opposition erfolgsversprechende Nachfolger. Im NRM hat Museveni Konkurrenten stets auszuschalten vermocht und auch keine seiner Familienmitglieder wurden bisher öffentlich als Nachfolger präsentiert. Seine Frau Janet Museveni und sein Sohn, Muhoozi Kainerugaba, werden jedoch von vielen Beobachtern als seine wahrscheinlichsten Nachfolger gesehen werden. Im Jahr 2008 beförderte Museveni seinen Sohn zum Kommandanten der Special Forces Unit, einer mächtigen Sondereinheit innerhalb der Armee, was allerdings bei vielen Generälen auf Kritik stieß. Seit Januar 2017 ist Muhoozi Berater des Präsidenten, was es Museveni erlaubt, ihn besser zu protegiere, vorzubereiten und zu kontrollieren. Muhoozi hat bisher abgestritten, Ambitionen auf das Präsidentenamt zu haben.

Janet Museveni, frühere Parlamentsabgeordnete und aktuell Ministerin in Musevenis Kabinett, hat die Präsidentschaft nicht explizit ausgeschlossen. Sie verfügt über ein mächtiges Netzwerk an Fürsprechern. Allerdings haben aktuell wohl weder Musevenis Frau noch sein Sohn hohen Rückhalt innerhalb der Regierungselite und der Bevölkerung.

Auch die Oppositionsparteien, welche unter internen Konflikten, schwachen Strukturen, und Kooptation durch das Regime leiden, bieten momentan keine echte Alternative. Die größte Oppositionspartei, das Forum for Democratic Change (FDC), ist in zwei Lager gespalten: auf der einen Seite die Anhänger des ehemaligen Generals Mugisha Muntu, der für inhaltliche Profilierung und strategischen Aufbau von Parteistrukturen steht, und auf der anderen die Anhänger des mehrmaligen Präsidentschaftskandidaten und „Übervaters“ der Partei, Kizza Besigyes, welche auf Konfrontation und offenen Widerstand gegen die herrschende Regierung aus sind. Nachdem Muntu als Parteipräsident von Patrick Amuriat, einem Unterstützer Besigyes, abgelöst wurde, zeichnet sich eine Spaltung der Partei ab. Der unterlegene Muntu hält momentan landesweite Konsultationen mit seinen Anhängern, um über

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

JULIANE BING
MATHIAS KAMP

Januar 2018

www.kas.de/uganda

seine Zukunft in der Partei zu beraten. Dass er FDC verlässt und eine neue Partei gründet, ist nicht ausgeschlossen.

Friedliche Machtübergabe ausgeschlossen?

Am 2. Januar 2018 unterschrieb und ratifizierte Museveni das umstrittene Gesetz, allerdings ist der Kampf um das sogenannte "Age Limit Bill" noch nicht vorbei. Mitte Januar reichte die Uganda Law Society, vertreten durch renommierte Juristen wie Francis Gimara und Fredrick Ssempebwa, Klage vor dem ugandischen Verfassungsgericht ein. Sie erklärten, dass das unrechtmäßige Verhalten des Special Forces Command während der Schlägerei im Parlament im September gegen die Verfassung verstoßen habe. Zudem sei die Verlängerung der Wahlperiode für das Parlament von fünf auf sieben Jahre rechtswidrig.

Eine weitere geplante Verfassungsänderung könnte allerdings noch größere Unruhen als der „Age Limit Bill“ auslösen. Das "Constitution Bill 2017" sieht vor, Artikel 26 der Verfassung von 1995 dahingehend zu verändern, um der Regierung die Landübernahme und damit Enteignung von Privatpersonen für von Infrastruktur- und Investitionsprojekten zu vereinfachen. Die Verfassungsänderung könnte dazu führen, dass einfache ugandische Bürger von korrupten Regierungsvertretern ohne Entschädigung enteignet werden. In einem Land, in dem über 70% der Bürger ihr Einkommen durch Landwirtschaft verdienen, könnte dies zu erheblich mehr Unruhen führen.

In seiner Neujahrsansprache attackierte Museveni alle jene, welche an der Demokratie in Uganda zweifelten: "die wahre Demokratie, für die wir kämpften, gibt dem Volk alle Macht. Dieses entscheidet durch sein Wahlrecht in regelmäßigem Abstand selbst über sein Schicksal", sagte er. Uganda hat in seiner Geschichte noch keine friedliche Machtübergabe erlebt, und wenige glauben, dass Museveni sein Amt ohne Kampf verlassen würde. Ugandas politische Zukunft ist offen: Der Präsident ist für große Teile der Bevölkerung noch immer ein Garant für Stabilität. Angesichts einer sich verschlech-

ternden sozioökonomischen Entwicklung und einer wachsenden, jungen und unzufriedenen Bevölkerung ist sein Klammern an die Macht aber womöglich gleichzeitig die größte Bedrohung für die friedliche Entwicklung des Landes.